

Abstimmung vom 18.5.2003

# Mehr Staat für mehr Lehrstellen? Bürgerliche sagen Nein

**Abgelehnt: Volksinitiative «für ein ausreichendes  
Berufsbildungsangebot»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Mehr Staat für mehr Lehrstellen? Bürgerliche sagen Nein. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 638–639.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Die Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre macht sich auch auf dem Lehrstellenmarkt bemerkbar – immer mehr Bewerber konkurrieren um immer weniger Ausbildungsplätze. Um diesem Missverhältnis abzuhelpfen, reichen die Gewerkschaftsjugend und mehrere andere Jugendorganisationen 1999 die Initiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» ein. Das Begehren will das Recht auf berufliche Grundbildung in der Verfassung verankern und zur Finanzierung neuer Lehrstellen einen Fonds schaffen, der von Firmen mit keinen oder zu wenig Lehrstellen gespeist werden soll.

In seiner Botschaft zuhanden des Parlaments empfiehlt der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung. Er kritisiert insbesondere die Schaffung eines Fonds, der lediglich unnötigen administrativen Aufwand verursachen würde. Zudem könne sich das System kontraproduktiv auswirken, wenn Firmen, die bis anhin freiwillig Lehrstellen angeboten hätten, versucht seien, die Bildungsverantwortung an den Bund abzutreten. Als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative präsentiert die Landesregierung das neue Berufsbildungsgesetz (BBG), welches dem Bundesrat ermöglicht, mit befristeten Massnahmen gezielt gegen den Lehrstellenmangel in bestimmten Branchen vorzugehen. Die Initianten lehnen jedoch einen Rückzug ihres Volksbegehrens ab, solange dessen zentrale Forderungen – die verfassungsmässige Verankerung des Rechts auf berufliche Grundausbildung und die Einrichtung eines Fonds – nicht erfüllt sind. Der Nationalrat folgt der Meinung des Bundesrates und lehnt die Initiative mit 106 zu 55 Stimmen ab. Eine bürgerliche Mehrheit sieht die wichtigsten Punkte des Anliegens im neuen Berufsbildungsgesetz bereits erfüllt. Vergeblich argumentiert eine Kommissionsminderheit, dass der im BBG vorgesehene Fonds branchenspezifisch und fakultativ sei, womit er nur in Branchen mit einem hohen Organisationsgrad zum Tragen komme. Aus den gleichen Gründen wie der Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat die Initiative zur Ablehnung. Da das BBG von Bundesrat und Parlament als echte Alternative zur Initiative angesehen wird, stimmen die Räte einer Verschiebung der Abstimmung bis 2003 zu.

## GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt geändert werden: Das Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung ist gewährleistet. Bund und Kantone sorgen für ein genügendes Angebot. Der Bund errichtet einen Berufsbildungsfonds, der über eine Berufsbildungsabgabe durch alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber finanziert wird. Die Kosten der angebotenen Lehrstellen sind zu berücksichtigen.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Nachdem die Initiative bereits von Regierung und Parlament zur Ablehnung empfohlen worden ist, sprechen sich auch die bürgerlichen Parteien, die Berufsbildungsämter, der Gewerbeverband und die Arbeitgeber gegen das Begehren aus. Unterstützt wird das Anliegen lediglich von SP, GP, PdA und den Gewerkschaften.

## ERGEBNIS

Mit einer klaren Mehrheit von 68,4% der Stimmen wird das Volksbegehren am 18. Mai 2003 in allen Kantonen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung beträgt 49,6%. Einerseits scheint die Initiative von der dieses Abstimmungswochenende herrschenden Neinwelle (sieben abgelehnte Vorlagen) mitgerissen worden zu sein; andererseits zeigt offenbar die Warnung der Gegnerschaft vor einer Verbürokratisierung der Berufsbildung Wirkung. Für die Stimmabgabe waren politische Kriterien ausschlaggebend. Der Links-rechts-Achse bzw. den Parolen der jeweiligen Parteien folgend, stimmten 65% der SP-Anhänger für die Initiative, wohingegen die Anhänger der bürgerlichen Parteien zu 80% ablehnten. Ebenso konsequent stimmten Befürworter eines starken Staates für die Initiative, Verfechter des freien Marktes dagegen. Die Jastimmenden nannten eine breite Palette von Entscheidungsmotiven: Die Verpflichtung der Wirtschaft, die Zukunftsperspektive, und der aktuelle Mangel an Lehrstellen wurden ähnlich häufig genannt. Über ein Viertel der Neinstimmenden sagt dagegen, die Ziele der Initiative könnten nicht erzwungen werden, ausserdem wurden von ihnen auch die Selbstverantwortung der Jungen, die Tatsache, dass die Initiative nicht realisierbar sei sowie die Verantwortung der Wirtschaft als Motive genannt.

## QUELLEN

BBI 2001 97; BBI 2002 2740. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2003: Bildung und Forschung – Berufsbildung. Vox Nr. 81.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).